

AUSGABE VOM 30. JUNI 2017

Neue NRW-Landesregierung präsentiert

Der neue NRW-Ministerpräsident Armin Laschet hat diese Woche das Kabinett der schwarz-gelben Koalition vorgestellt. „Ein tolles Team regiert jetzt unser Land!“, freut sich MdB Karsten Möring. „Herzlichen Glückwunsch an die Kölner Kabinettsmitglieder: FDP-Schulministerin Yvonne Gebauer und natürlich insbesondere CDU-Integrations-Staatssekretärin Serap Güler! Viel Glück, Erfolg und Gottes Segen für die neuen Aufgaben.“

Dem neuen Innenminister, Herbert Reul, stellt Laschet einen erfahrenen Staatssekretär zur Seite. Kölns parteiloser Polizeipräsident Jürgen Mathies wechselt nach nur 18 Monaten im Amt in die Landeshauptstadt. „Aus Kölner Sicht ist der Wechsel ein großer Verlust. Für NRW wird es ein großer Gewinn an Sicherheit“, so MdB Möring.

Raser: Scharfe Strafen für Raser und illegale Autorennen

Zum Abschluss der Wahlperiode beschloss der Bundestag am Donnerstag ein Gesetz, mit dem die Veranstaltung von illegalen Straßenrennen und die Teilnahme daran unter Strafe gestellt werden. Bisher sind illegale Straßenrennen nur als Ordnungswidrigkeit verfolgbar. Das wird den damit verbundenen erheblichen Gefahren für unbeteiligte Passanten und andere Verkehrsteilnehmer nicht gerecht. Die Strafbarkeit gilt auch für „Einzelraser“, die das Leben anderer Verkehrsteilnehmer gefährden. Mit dem Gesetz wird ein neuer Straftatbestand der „Veranstaltung von oder Teilnahme an verbotenen Kraftfahrzeugrennen“ eingeführt. Es droht Freiheitsentzug bis zu zehn Jahren.



Illegale Autorennen können nun auch in Köln wirksamer bekämpft werden: MdB Karsten Möring und Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt wollen härter gegen „Todesraser“ und illegale Straßenrennen vorgehen. (Foto: Privat)

Das wird sich jetzt ändern. Mit der Einführung eines eigenen Straftatbestands und einem Strafmaß bis zu zehn Jahren werden die Sanktionsmöglichkeiten deutlich erweitert und hoffentlich ihre abschreckende Wirkung entfalten.

„Wer illegale Autorennen ausrichtet oder daran teilnimmt oder als Alleinraser andere gefährdet, wird künftig härter bestraft! Wir setzen ein klares Zeichen der Abschreckung und hoffen, dass auch der letzte Raser nun kapiert, worum es geht. Vorfälle wie bei uns in Köln, oder jüngst in Berlin und Mönchengladbach dürfen sich nicht wiederholen!“, so MdB Karsten Möring.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

Noch zu Beginn der Woche hätte ich keinen Gedanken darauf verschwendet, dass unser Koalitionspartner SPD am letzten Tag der letzten Sitzungswoche mit einer Mehrheit von rot-rot-grün entgegen unserem Koalitionsvertrag die „Ehe für Alle“ beschließt. Die CDU lehnt diese Öffnung der Ehe ab, aber eine deutliche Minderheit in der Partei war dafür offen. Das Gesetz wurde letztlich mit einer deutlichen Mehrheit verabschiedet: 393 Abgeordnete stimmten dafür.

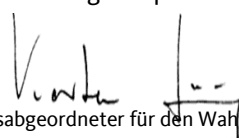


Nach längerem Nachdenken habe ich gegen dieses Gesetz gestimmt. Meine Beweggründe habe ich in einer Protokollerklärung zur Abstimmung dargelegt. Sie sind auf meiner Internetseite nachzulesen ([hier](#)). Ich bin zwar für die volle rechtliche Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft, aber die Institution der Ehe ist aus kulturellen, religiösen und verfassungsrechtlichen Gründen nur die Verbindung von Mann und Frau. Meine Entscheidung mag nicht jedem zusagen. Aber ich stehe zu meinen Überzeugungen.

Der Vertrauensbruch der SPD ist der billige Versuch, dem lahmenden Schulwahlkampf und den schlechten Umfrageergebnissen einen Erfolg entgegenzusetzen. Er zeigt uns aber auch ganz klar: wenn es reicht, ist rot-rot-grün die erste Option für eine Koalition.

Mein Angebot als Kandidat für Bundestagswahl am 24. September lautet: Verständlichkeit, Gradlinigkeit und Glaubwürdigkeit. Dafür will ich weiter mit Ihrer Unterstützung kämpfen.

Ihr


Bundtagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I

Kölner Besuchergruppe in Berlin



MdB Karsten Möring freute sich in der letzten Sitzungswoche dieser Legislaturperiode über den Besuch einer Gruppe politisch interessierter Kölnerinnen und Kölner, die auf seine Einladung hin die Hauptstadt besuchten. Auf dem Programm standen u.a. der Besuch der Gedenkstätte Potsdamer Abkommen, eine Führung durch die Dauerausstellung „Alltag in der DDR“, ein Informationsgespräch im Bundesfinanzministerium und eine Schifffahrt auf dem Wannsee. Zudem besuchten die Teilnehmer den Reichstag, wo MdB Karsten Möring ausführlich über seine Arbeit als Abgeordneter für Köln berichtete. Ein breites Thema war auch die bevorstehende Abstimmung zur Öffnung der Ehe. Im Paul-Löbe-Haus entstand das schöne Gruppenfoto. (Foto: Bundespresseamt)

Einbruchskriminalität härter bekämpfen

Der Bundestag hat in zweiter und dritter Lesung das Strafrecht verschärft und die Befugnisse der Strafermittlungsbehörden ausgeweitet. Künftig wird Einbruch in eine dauerhaft genutzte Privatwohnung härter geahndet. Die Novelle sieht durch die Einführung eines neuen Straftatbestandes Freiheitsstrafen von ein bis zehn Jahren vor. Zudem entfällt die Regelung zum sogenannten minder schweren Fall von Einbruch. Wohnungseinbruchsdiebstahl wird künftig ausnahmslos als Verbrechen gewertet. Um die Aufdeckung von Bandenstrukturen zu erleichtern ist es künftig der Polizei möglich, Verbindungsdaten der Tatverdächtigen auf Grundlage eines richterlichen Beschlusses auszuwerten.

„Dieser Gesetzentwurf setzt ein klares Zeichen: Wohnungseinbruchsdiebstahl muss hart bestraft werden. Der Handlungsbedarf ergibt sich aus der immer noch erschreckend hohen Zahl von Wohnungseinbrüchen. Alle dreieinhalb Minuten ereignet sich in Deutschland ein Einbruch. Neben den materiellen Schäden traumatisieren Wohnungseinbrüche die Betroffenen und wirken so lange nach. Eine niedrige Aufklärungsquote erhöht den Anreiz einzubrechen. Deshalb werden künftig bei einem Wohnungseinbruchsdiebstahl Verkehrsdaten- und Funkzellenabfrage möglich sein. Damit steigt das Risiko, entdeckt zu werden“, so MdB Karsten Möring.

Kölner Handwerkskammer zu Gast in Berlin

Der Vorstand der Kölner Handwerkskammer nahm im Rahmen eines Berlin-Besuches die Einladung von MdB Karsten Möring zu einem Meinungsaustausch im Reichstag wahr. Auf der Agenda des einstündigen Gesprächs standen u.a. drängende aktuelle Fragen des Entsorgungsnotstands bei Styroporabfällen sowie drohende Dieselfahrverbote in Innenstädten.

Handwerksfirmen müssen die Fehlentscheidung der Bundesländer, die Einstufung von HBCD-haltigem Styropor als gefährlicher Abfall, ausbaden. Die bisherigen Entsorgungswege für Styropor funktionieren nicht mehr. Die CDU/CDU-Fraktion hatte dagegen protestiert und ein Moratorium erreicht. Möring kann Abhilfe in Aussicht stellen: „Die Bundesregierung hat im Juni eine Verordnung beschlossen, die den aktuellen Zustand des Moratoriums quasi dauerhaft macht und so den Entsorgungsengpass beseitigt“. Auch verkehrspolitisch sicherte MdB Möring der HWK Köln volle Unterstützung zu: „Ideologische Dieselfahrverbote oder eine City Maut in Köln wird es mit mir nicht geben!“

Impressum:

Ausgabe Nr. 11/2017
30. Juni 2017

Herausgeber:
Bundestagsbüro Karsten Möring
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-77611
Email:
karsten.moering@bundestag.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/
Dr. Jürgen Reuter